

Die Ästhetisierung des Politischen in der Gegenwart – eine kritische Annäherung

Christina Kast

„Die Rationalität ist langsamer als die Emotionalität. Sie ist gleichsam ohne Geschwindigkeit. So führt der Beschleunigungsdruck zu einer *Diktatur der Emotion*.“¹

Der Berliner Kulturphilosoph Byung-Chul Han zeichnet in seinen Schriften das Bild einer zunehmend von Affekten und Emotionen beherrschten westlichen Gesellschaft, in der die Rationalität auf dem Rückzug scheint. Die „*Diktatur der Emotion*“² zeigt sich ihm zufolge in gegenwärtigen Phänomenen wie dem „Shit-Storm“, der „Schwarmintelligenz“ oder einer konsumorientierten Wissens- und Informationsaneignung, die ein Verstehen und Durchdringen des Wissens nicht mehr anstrebt.

Die Emotionalisierung der politischen Öffentlichkeit in der Gegenwart ist auch Gegenstand der Politikwissenschaft. Sie wird zumeist als Konsequenz einer Ästhetisierung des Politischen im Gefolge der Medialisierung von Gesellschaft und Politik gesehen, die das Politische den Gesetzen des Medialen – des Scheins, der Inszenierung und der Theatralik – zu unterwerfen scheint. Die folgende Untersuchung versucht, sich dem geschilderten Phänomen anzunähern. Dazu soll in einem ersten Schritt entlang zweier Demokratietheorien das Verhältnis von Ästhetisierung, Politik und Medien nachvollzogen werden. Dabei wird deutlich werden, dass beide die Ursache der Ästhetisierung in den modernen Medien sehen. Ob damit das Problem erschöpfend ergründet wurde, soll in einem zweiten Punkt gefragt werden. Es soll in Anlehnung an die antike Philosophie gezeigt werden, dass die Ästhetisierung des Politischen seinen Ursprung im Demokratischen selbst hat, die Medien dieses genuin demokratische Phänomen somit nur verstärken. Die Untersuchung schließt mit einem Fazit und Ausblick.

I. Ästhetisierung und Medialisierung

Die Stellung der Politikwissenschaft zur Ästhetisierung des Politischen durch den Prozess der Medialisierung ist ambivalent, weil hierin eine Stärkung oder eine Schwächung der Demokratie gesehen wird. Im Folgenden sollen beide Perspektiven auf das Phänomen der Medialisierung herausgestellt werden, und zwar anhand der als paradigmatisch zu nehmenden Positionen des

¹ Han, Byung-Chul, Psychopolitik. Neoliberalismus und die neuen Machttechniken, Frankfurt a.M. 2014, S. 67.

² Han (2014), S. 65.

amerikanischen Politikwissenschaftlers Jeffrey Green und des deutschen Politikwissenschaftlers Thomas Meyer.

Jeffrey Edward Green sieht in der Medialisierung des Politischen eine Chance für die Demokratie. In seinem in den USA stark rezipierten Werk „The Eyes of the People“³ entwirft Green eine plebiszitäre Demokratietheorie⁴, die einen Paradigmenwechsel befördern soll: von der Vorherrschaft der vokalen Form – d.h. auf Kommunikation und aktiver Partizipation basierender – demokratischer Teilhabe hin zur sogenannten okularen – visuellen und darin passiven – Form.⁵ Damit intendiert Green eine grundlegende Verschiebung des Verständnisses davon, was Demokratie ist: Nicht mehr im Wort wird der Ursprung demokratisierender Potenz gesucht, sondern im Bild und der Wahrnehmung durch den Bürger. Die Verschiebung des Demokratiebegriffs hin zur Dominanz des Visuellen versteht Green zunächst als Konsequenz einer realistischen Betrachtung der Empirie: „Most citizens most of the time are not decision makers, relating to politics with their voices, but *spectators* who relate to politics with their eyes.“⁶ Das Ideal einer auf Deliberation gründenden Demokratie verkenne diesen wesentlichen Aspekt demokratischer und menschlicher Realität, insbesondere in Zeiten des unaufhaltsamen Vormarsches der Massenmedien.⁷ Hinzu kommt, dass auf dem Vokalen gründende Demokratietheorien dem eigentlichen Anliegen des Demokratischen – dem Prinzip der Gleichheit aller Menschen – entgegen stehen, ja dieses aufgrund ihrer Prämissen verfehlen. Das Deliberative suggeriert dort Gleichheit, wo sie nicht sein kann, da das Wort Differenzen aufbrechen lässt.⁸ Das Visuelle hingegen egalisiert, nicht zuletzt auch in Hinblick auf den Begriff des Volkes, da durch das okulare Paradigma der „Volksbegriff genuin inklusiver und universeller“⁹ wird. Hierin liegt die Möglichkeit eines „okulare[n] Empowerment[s]“¹⁰ des Volkes.

Wie genau erfolgt nun die Stärkung des Demokratischen? Die okulare Demokratie hat den Bürger als Zuschauer zur Voraussetzung. Der „citizen-spectator“¹¹ wohnt der Politik als

³ Green, J.E., *The Eyes of the People. Democracy in an Age of Spectatorship*, Oxford/New York 2010.

⁴ Vgl. Green (2010), S. 27.

⁵ Green (2010), S. 15.

⁶ Green (2010), S. 4.

⁷ Green (2010), S. 6ff.

⁸ Nadia Urbinati findet die Kritik an der Kluft zwischen Realität und Ideal treffend, wendet sich jedoch gegen den Korrektiv-Vorschlag von Green. Eine grundlegende Kritik an der okularen Demokratie findet sich in: Urbinati, Nadia, *Okulare Demokratie, eine abgeschwächte Politik*, in: Hammer, Dominik/Kajewski, Marie (Hrsg.), *Okulare Demokratie. Der Bürger als Zuschauer*, Bielefeld 2017, S. 43-68.

⁹ Green, J.E., *Okulare Demokratie revisited*, in: Hammer/Kajewski (2017), S. 13-42, hier: S. 19.

¹⁰ Vgl. Green, in: Hammer/Kajewski (2017), S. 26. Siehe ferner: Hammer, Dominik/Jasser, Greta, *Das Volk als Zuschauer – die Zuschauer als Volk?*, in: Hammer/Kajewski (2017), S. 131-148, hier: S. 145: „Okulare Demokratie wirkt kreativ, indem sie durch den Befund, das Volk bestehe vor allem aus Zuschauerinnen, zugleich die Zuschauerinnen als Volk konstituiert, spricht: sie schafft ein Volk von Zuschauerinnen als eigene Entität. Unabhängig von Staatsbürgerschaft und Ethnie schließt dieses Volk Migrantinnen, Minderjährige, Nichtwählerinnen und nicht-Wahlberechtigte im jeweiligen Land mit ein“.

¹¹ Green, in: Hammer/Kajewski (2010), S. 29.

einem Schauspiel bei. Dabei ist der Blick des Bürgers sein Instrument der Machtausübung, insofern er als disziplinierende Kraft zu verstehen ist.¹² Sich diesem Blick auszusetzen, ist Aufgabe des Politikers, dem es aufgetragen ist, sich vor den Augen des Bürgers zu präsentieren, um beständig um dessen Zustimmung und Gunst zu werben. Entscheidend ist dabei, dass sich die Bedingungen, unter denen der Politiker sich zu bewähren hat, dessen Einflussosphäre entziehen. Es wird „geltend gemacht, dass der Zuschauer bzw. die Zuschauerin (...) live übertragene, spontane, konfrontative, öffentliche Auftritte politischer Führungspersönlichkeiten sehen möchte“¹³. In diesem Rahmen – geschaffen, um dem Bürger Macht über den Politiker zu verleihen – zählt allein die „Offenheit“ („candor“) des Politikers als normativer Maßstab. „Offenheit definiert, „was in der Politik *des Sehens wert* ist“¹⁴. Spricht Green von „Offenheit“ so jedoch nicht im Sinne einer Richtigkeit der vorgetragenen Inhalte.¹⁵ Vielmehr ist damit das Vermögen gemeint, mit einer Situation, die sich der eigenen Kontrolle entzieht, überzeugend umzugehen.¹⁶ Entscheidend dabei ist das Charisma, mit dem der Politiker den Zuschauer einzunehmen vermag. Vice versa soll die Offenheit wiederum disziplinierend auf den Politiker wirken, der darauf angewiesen ist, den Zugang zum Zuschauer stets auf Neue zu finden.¹⁷

In der politischen „Gladiatorenarena“¹⁸, die sich vor den Augen der Zuschauer entfaltet, wandelt sich die kommunikative Öffentlichkeit in eine ästhetische und theatralische. Diese Transformation ist eine explizit erwünschte; das Ästhetische an der Politik ist das zu fördernde, da es zur Politisierung der Bürger und damit zur Demokratisierung führt. Politik wird attraktiv und anziehend. Die okulare Demokratie, so Green, verspricht, „eine wahrhaft ereignisreiche Politik zu gestalten, die der Aufmerksamkeit der Zuschauer/-innen wert ist“¹⁹.

Thomas Meyer wendet sich scharf gegen eine solche Demokratieauffassung:

„Die Ästhetisierung des Politischen, seine Durchdringung, mitunter Verdrängung durch wohlinszenierte Darstellungspolitik auf beiden Seiten, der Medien und der Politik, ist weit

¹² Green (2010), S. 11ff.

¹³ Green, in: Hammer/Kajewski (2017), S. 21.

¹⁴ Green, in: Hammer/Kajewski (2017), S. 16.

¹⁵ Vgl. Green, in: Hammer/Kajewski (2017), S. 29. Darauf verweist auch Marie Kajewski: „Offenheit sucht nicht wie die Deliberation die Verständigung aller Diskursteilnehmer, sie setzt nicht wie die Partizipation auf stimmliche Teilhabe und anders als Transparenz sucht es keine unpersönliche Richtigkeit, sondern durch Personen gestaltete Ereignishaftigkeit und Spontaneität.“ Kajewski, Marie-Christine, Putting Candor First. Zur normativen Dimension von Offenheit in Jeffrey Edward Greens Demokratietheorie, in: in: Hammer/Kajewski (2017), S. 149-170.

¹⁶ Vgl. Green, S. 15: „Ich verstehe darunter die Norm, dass politische Führungspersönlichkeiten keine Kontrolle über die Bedingungen ihrer öffentlichen Wahrnehmung ausüben sollen“.

¹⁷ Green (2010), S. 23.

¹⁸ Urbinati, in Hammer/Kajewski (2017), S. 67.

¹⁹ Green, in: Hammer/Kajewski (2017), S. 16.

vorangeschritten und, sozusagen, mit einem postmodernen Achselzucken resigniert, amüsiert oder kalkuliert als Thema weggeheftet worden (...).²⁰

Meyer sieht die Ästhetisierung des Politischen als Konsequenz der Medialisierung der politischen Öffentlichkeit mit Sorge. Sie stellt kein anzustrebendes Ziel für ihn dar, sondern ein zu verhütendes Übel, das er auf den Begriff der „Mediokratie“²¹ tauft: Die Politik erfahre, so Meyer, eine tiefgreifende Transformation, die als nichts Geringeres zu bezeichnen sei als die „Kolonisierung der Politik durch die Medien“. Damit ist die Grenzauflösung zwischen dem Politischen und Medialen bezeichnet, welche sich darin äußert, dass die Funktionslogik des Medialen auf das Politische überzugreifen beginnt. Das Mediale verleiht sich das Politische ein. Was genau bedeutet dies gemäß Meyer?

Die Medien folgen dem Prinzip der Darstellung und des Scheinhaften,²² mit dem Ziel, den „breitestmöglichen Massengeschmack“²³ zu treffen. Zum Maß wird hier die Neigung und der Geschmack des Zuschauers – des Publikums – genommen; eine Entwicklung, die Meyer durch die Ausbreitung der Bildmedien befördert sieht. Die „Dominanz des Visuellen“²⁴, wie sie bereits in der sozialen Welt und deren Ästhetisierung zu finden ist, ergreift die politische Wirklichkeit. Für Meyer ist dies mitnichten eine belanglose und zu vernachlässigende Entwicklung. Es gehe dabei „keineswegs nur um eine veränderte Qualität der Öffentlichkeit, sondern um Umschichtungen im Politischen selbst, nämlich die Aufwertung der ästhetischen Darstellungsgesetze gegenüber der Ethik der Herstellung in dessen Gesamtgefüge“²⁵.

Unterstellt sich die Politik den Gesetzen des Medialen, so erfolgt gemäß Meyer eine Entpolitisierung im Sinne einer Entleerung und Entsachlichung des Politischen. Was bleibt, ist eine „theatralisierte Politikvermittlung“²⁶: Der Bürger wird zum Zuschauer, der Politiker zum Unterhalter. Die vollends ästhetisierte politische Inszenierung aber ist für Meyer gänzlich unpolitisch, ebenso wie der Bürger als Zuschauer. Geht der „Kern der Rationalität“ verloren, so „mögen die Plebiszite für die Unterhaltungskünstler zwar begeisternder sein als das meiste, was Politik in dieser Hinsicht je aufbieten kann, und oft sogar breiter in der Gesellschaft verankert, als das demokratische Verfahren es schaffen kann.“²⁷ Aber, so Meyer, „politisch, im Sinne demokratischer Legitimation und Kontrolle, sind sie dann nicht mehr“²⁸.

²⁰ Vgl. Meyer, Thomas, Die Ästhetisierung des Politischen, in: Frankfurter Hefte/FH 7 (2012, S. 51-54.

²¹ Vgl. Meyer, Thomas, Mediokratie. Die Kolonisierung der Politik durch die Medien, Frankfurt a.M. 2001.

²² Meyer (2001), S. 107.

²³ Meyer (2001), S. 119.

²⁴ Meyer (2001), S. 105.

²⁵ Meyer, Thomas, Die Ästhetisierung des Politischen, in: Frankfurter Hefte/FH 7 8/2012, S. 51-54.

²⁶ Meyer (2001), S. 112.

²⁷ Meyer (2001), S. 124.

²⁸ Meyer (2001), S. 124.

Die Entpolitisierung wird begleitet von einer fortschreitenden Schmälerung der Grundlage für die Urteilsbildung, was wiederum einen Distanzverlust des Bürgers zum Kommunizierten vorantreibt.²⁹ Das Ästhetische ergreift unmittelbar, das Visuelle zieht den Zuschauer in die präsentierte Wirklichkeit und hebt so das reflexive Moment, welches sich zwischen Dargestelltem und Zuschauer schieben könnte, auf. Vor diesem Hintergrund liegt, so Meyer, in der Zuschauerdemokratie die Gefahr eines „Realitäts- und Kontrollverlust[es]“³⁰, nicht zuletzt da die Entrationalisierung auch den politischen Darsteller erfasst, d.h. „da hinter der Bühne der Darsteller nichts Politisches mehr stattfindet“³¹. Politische Legitimation orientiert sich davon ausgehend zunehmend am Massenpublikum sowie am „Darstellungsscharisma“³². Mit anderen Worten ließe sich sagen, dass sich der Politiker in den Augen der Zuschauerschaft verliert, so wie der Zuschauer sich im Werben des Politikers. Die darin enthaltene Dynamik stößt eine Vermittelmäßigung und „Infantilisierung“³³ der politischen Kommunikation an. Die Vernebelung der politischen Öffentlichkeit durch die Ästhetisierung des Politischen lässt gemäß Meyer schließlich auch die Grenzen zwischen Täuschung und Wahrheit verwischen.³⁴

Kommen beide Politikwissenschaftler nun auch zu differenten Wertungen, so führen sie das Phänomen der Ästhetisierung des Politischen in der Gegenwart indes gleichermaßen auf die unaufhaltsame Medialisierung der westlichen Welt zurück. In die Massenmedien wird die Hoffnung auf Stärkung der Demokratie gelegt sowie die Sorge um ihre Schwächung. Grund zur Hoffnung und zur Sorge sind jeweils der sich willentlich oder unwillentlich vollziehende Paradigmenwechsel hin zu einer von unmittelbaren Eindrücken und Emotionen geleiteten Öffentlichkeit des Visuellen. Die angestoßene Ästhetisierung egalisiert, was von Green begrüßt, von Meyer kritisiert wird.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob die Fokussierung auf den Aspekt des Medialen – bei aller Berechtigung – hinreichend ist, um das Phänomen der Ästhetisierung des Politischen in der Gegenwart zu begreifen oder ob nicht vielmehr der Kern des Problems damit verfehlt wird, denn: In der Medialisierung und ihren Folgen für das Politische scheint sich eine viel grundlegendere Frage abzuzeichnen, nämlich die Frage nach dem Verhältnis von Rationalität und Irrationalität, von Vernunft und Gefühl auf der Ebene demokratischer Politik. Was in Gestalt der Medialisierung in Erscheinung tritt und ihre sichtbare Ausprägung erfährt, ist damit

²⁹ Meyer (2001), S. 104.

³⁰ Meyer (2001), S. 125.

³¹ Meyer (2001), S. 125.

³² Meyer (2001), S. 121.

³³ Meyer (2001), S. 119.

³⁴ Vgl. Meyer (2001), S. 119.

ein Problem, das so alt ist wie das Nachdenken über das Politische selbst. Ein Rückgang zum Ursprung der politischen Philosophie – zu Platon – soll das Phänomen der Ästhetisierung des Politischen im Folgenden erhellen.³⁵ Für Platon ist die Ästhetisierung des Politischen ein genuin demokratisches Problem; sie ist keine Entartung der Demokratie, sondern ist ihr wesentlich.

II. Ästhetisierung und Demokratie

Der Ursprung aller Politik ist der sie Gestaltende, der Mensch. So muss, wer Platons Demokratieverständnis sowie seine Kritik an ihr verstehen will, an dem Menschen ansetzen, der demokratische Politik konstituiert: am Typus des demokratischen Menschen. Wird in der Folge nun vom „demokratischen Menschen“ gesprochen, so nicht in einem essentialistischen Sinne. Vielmehr wird die platonische Grundüberlegung herausgestellt, dass für jede Herrschaftsform bestimmte Prinzipien und Tugenden maßgebend sind, welche auf die Beschaffenheit der in dieser Herrschaftsform lebenden Menschen schließen lassen – zum einen da sie durch eben diese hervorgebracht werden, zum anderen weil sie den Menschen auch in diesem Sinne weiterprägen und formen:

„Und du weißt doch, daß es gewissermaßen ebensoviel Arten von Menschen geben muß wie von Verfassungen. Oder meinst du, daß die Verfassungen von der Eiche oder vom Felsen entstehen und nicht aus den Sitten derer, die in den Staaten sind, nach welcher Seite hin eben diese den Ausschlag geben und das übrige mit sich ziehen?“³⁶

Im Verweis darauf, dass Platon einen Typus herausstellen will, liegt auch die Zurückweisung einer Kritik, die auf die Unbrauchbarkeit der platonischen Ausführungen verweist, indem sie auf deren Einseitigkeit und Vereinfachung abstellt. Am Paradigmatischen, am Typus selbst soll ein Problem in seiner Reinform offengelegt werden – um davon ausgehend eine Annäherung an eine immer komplexere Wirklichkeit zu ermöglichen.

³⁵ „Wer immer sich mit philosophischen Fragen beschäftigt“ und dabei Platon „außer acht ließe, wäre töricht“. Russel, Bertrand, *Denker des Abendlandes. Eine Geschichte der Philosophie*, München 1997, S. 109. Eine Auseinandersetzung mit dem Aspekt der Ästhetisierung des Politischen bei Platon findet sich auch bei: Menke, Christoph, „Ästhetisierung“. Zur Einleitung, in: Brombach et al. (Hrsg), *Ästhetisierung. Der Streit um das Ästhetische in Politik, Religion und Erkenntnis*, Zürich 2010, S. 17-22; Rebutisch, Juliane, *Ästhetisierung und Anästhetisierung des Politischen. Zur Einleitung*, in: Brombach et al. (Hrsg), *Ästhetisierung. Der Streit um das Ästhetische in Politik, Religion und Erkenntnis*, Zürich 2010, S. 113-118.

³⁶ Platon, *Politeia* 544d-e, in: Platon, *Werke*, Darmstadt 2011.

1. Der demokratische Mensch

Platon beschreibt das demokratische Gemeinwesen als ein von zwei zentralen Prinzipien bestimmtes: der Freiheit und der Gleichheit.³⁷ Dies bedeute zunächst, dass jeder die Erlaubnis habe, „zu tun, was er will“³⁸. Freiheit wird begriffen als ein Frei-Sein von jedem Maß und jeder Notwendigkeit: Platon spricht von der „Unersättlichkeit nach Freiheit“³⁹, die nach der vollständigen Suspension jeder Selbstbeschränkung verlangt, d.h. nach völliger Lösung von aller Form von Herrschaft. Jedes das eigene Ich bedrängende Maß – sei es eine Pflicht oder Sittlichkeit – wird verworfen, worin deutlich wird, dass die demokratische Wirklichkeit bestimmt ist von der Erosion von verbindlichen, d.h. allgemeingültigen Prinzipien und Normen. An deren Stelle tritt das je eigene subjektive Wollen – jeder will sich selbst das Maß sein; darin sind alle gleich, so dass jede Hierarchie zwischen den Lebensgestaltungen zerfällt. Das eine ist so gut wie das andere. Lebt jeder nach seiner subjektiven Façon, so herrscht ein Vielerlei und Allerlei – eine solche Gesellschaft gleiche, so Platon, einem „bunte[n] Kleid“⁴⁰. Das Bindende einer so beschaffenen Gemeinschaft ist das Bindungslose – das Maß die Befreiung vom Maß.

Neben der Gleichheit in der Freiheit zeichnet sich das Demokratische durch die „Einbildung, alle verständen alles“⁴¹, aus. Es herrscht die Überzeugung, jeder sei gleich befähigt über alle Dinge zu urteilen. Dies ist wiederum auf die Absenz eines Maßstabs zurückzuführen: Jeder kann für sich die maßgebende Urteilskraft beanspruchen, da es dort, wo der Einzelne sich zum Maß macht, kein objektives Kriterium mehr gibt, welches eine Hierarchie zwischen den Menschen in Hinblick auf die Urteilskraft etablieren könnte. Diese Egalisierung der Urteilskraft entspringt für Platon dem Bereich der Ästhetik: In der Kunst bestehe die Gefahr, dass nicht verständige Künstler den Zuschauer zum Maß des Kunstvollen machen, getragen von der Überlegung, die Musik habe „nicht die geringste Richtigkeit in sich selbst“⁴², sondern sei „am richtigsten nach der Lust dessen, der sich daran freut“⁴³, und müsse an dieser Lust bemessen werden. Die Auflösung der Eigengesetzlichkeit der Musik zugunsten des Geschmacks des Publikums bleibt nicht ohne Konsequenz: Dies würde den „meisten Menschen eine Gesetzesverachtung gegenüber der Musik und eine Dreistigkeit“⁴⁴ einflößen, „als ob sie darüber zu urteilen fähig wären“⁴⁵. Aus diesem Umstand erwächst ein Freiheitsverständnis, das bestimmt ist vom

³⁷ Vgl. dazu Platon, *Politeia* 557 a ff.

³⁸ Platon, *Politeia* 557 b.

³⁹ Platon, *Politeia* 562 b.

⁴⁰ Platon, *Politeia* 557 c.

⁴¹ Platon, *Nomoi* 700 a.

⁴² Platon, *Nomoi* 700 e.

⁴³ Platon, *Nomoi* 700 e.

⁴⁴ Platon, *Nomoi* 700 e.

⁴⁵ Platon, *Nomoi* 700 e.

Verlust der Ehrfurcht vor dem Urteil der Verständigeren sowie dem Anspruch auf das Urteil über alles: „Sie werden nämlich furchtlos, da sie ja Kenner seien“⁴⁶. Damit erfolgt eine Verdrängung des Maßstabs der Kundigen aus der Kunst; es herrscht fortan die Lust und der Geschmack des Publikums, d.h. der der Gesetzmäßigkeiten des Musischen Unkundigen, welche allein auf der Grundlage subjektiver Eindrücke urteilen. Konsequenterweise vollzieht sich ein Paradigmenwechsel: von der Herrschaft der Besten hin zu der Herrschaft des Publikums, d.h. der Meisten.⁴⁷

Überträgt man den Paradigmenwechsel auf die Ebene der geistigen Dinge, so wird deutlich, worin gemäß Platon die entscheidende Frage des Demokratischen liegt, nämlich in der Unvereinbarkeit von Gleichheit und „Wahrheit“ – Wahrheit im Sinne einer sich dem subjektiven Urteil entziehenden Kategorie, die voraussetzt, dass man der Gesetzmäßigkeiten der Sache, über die man urteilt, kundig ist. Allein aus diesem Vermögen könnte ein den Dingen gemäßes – vernünftiges – Urteil entspringen. Wo es Kundige gibt, da gibt es auch Unkundige: Die Ausrichtung an den Gesetzmäßigkeiten eines Gegenstandes trägt notwendig Ungleichheit in sich – da nicht jeder über sie verfügen kann, wie es ein subjektives Urteil erlauben würde. Die demokratische Gleichheit also verlangt nach der Absenz eines Maßstabs, was wiederum Aufschluss über die erkenntnistheoretischen Implikationen gibt: Wer allen Menschen in allem gleiche Urteilskraft zusprechen will – und sei es als Prinzip – muss jeden über das je einzelne subjektive Urteil hinausgehenden Maßstab negieren. Ohne die Negation jedes Maßstabs jenseits des Subjekts würde sich das Prinzip der demokratischen Gleichheit, jedoch auch das der Freiheit aufheben, da es nicht mehr jedem zukommen würde, zu urteilen, wo und wie er wollte. So ist die Aufsplitterung der Wirklichkeit in differente, aber gleichwertige subjektive Perspektiven und der daraus folgende Pluralismus der Wahrheiten⁴⁸ die eigentliche Voraussetzung der demokratischen Prinzipien, die auf eine Absenz der Hierarchien zwischen Kundigen und Unkundigen abzielen.

⁴⁶ Platon, *Nomoi* 701 a. Es sei angemerkt, dass hier Furcht hier nicht im Sinne einer Angst, sondern im Zusammenhang mit der Ehrfurcht betont wird – in welcher zum Ausdruck kommt, dass ein Maßstab jenseits seiner selbst geachtet und anerkannt wird.

⁴⁷ Platon, *Nomoi* 701 a.

⁴⁸ Es ist bekannt, dass Platon den hier zugrunde gelegten Homo-mensura-Satz den Sophisten zuschreibt. Dies ist u.a. im Dialog *Theaitetos* zu finden. Auch in der heutigen Forschung wird der Zusammenhang dieser epistemologischen Grundlage mit dem Demokratischen herausgestellt. Die Sophisten werden folglich gemeinhin als Vordenker der Demokratie bezeichnet: Bei ihnen sei der „Pluralismus der Meinungen“, welcher jedem endgültigen Wahrheitsanspruch entgegensteht, als die „Quintessenz der Demokratie, zu finden. Vgl. Tzermias, Pavlow, *Aspekte der griechischen Philosophie von der Antike bis heute*, Tübingen 2005, S. 60. Ferner: Ottmann, Henning, *Geschichte des politischen Denkens. Die Griechen. Von Homer bis Sokrates*, Stuttgart 2001, S. 216; Taureck, Bernhard H.F., *Die Sophisten zur Einführung*, Hamburg 1995, S. 42. Eduard Zeller verweist in Hinblick auf die Frage nach der individuellen Existenz auf das sophistische Anliegen einer „Lebenskunst und Lebensbeherrschung“ durch einen Jeden. Vgl. Zeller, Eduard, *Grundriß der Geschichte der griechischen Philosophie*, Darmstadt 1971, S. 97.

Es wurde eingangs angeführt, dass die jeweiligen Prinzipien eines Staates gemäß Platon prägend auf den in ihm lebenden Menschen wirken. Bevor nun das Bild demokratischer Politik nachgezeichnet wird, sollen zunächst drei von Platon mehr oder minder thematisierte, jedoch implizit angelegte, Folgen für die Formung und Entwicklung des Menschen reflektiert werden: die Wurzellosigkeit (a), die Oberflächlichkeit (b) und schließlich die Entrationalisierung (c).

- (a) Die kategorische Wendung gegen jede Form von Hierarchie führt zu einer Nihilierung aller bestehenden äußeren Maßstäbe, die an den Einzelnen herangetragen werden könnten. Warum sollte man sich einem Kulturgut, einer Weisheit oder einer philosophischen Tradition beugen, d.h. verpflichtet fühlen, wenn die einzig maßgebende Instanz das eigene Ich und sein Wollen ist? Es gibt keinen zwingenden Grund der Anerkennung des Bestehenden, ist doch jedes Urteil so gut wie das andere und darin alles gleichwertig. Die Befreiung von allen äußeren Maßstäben erfolgt dabei nicht notwendig in Auseinandersetzung mit eben diesen; der demokratische Mensch ist ihnen per Willensentschluss enthoben. Das Bestehende stellt keinen Wert dar und ebenso keine Notwendigkeit: Ausgehend von dem demokratischen Verständnis von Freiheit und Gleichheit nach Platon ist alles jenseits des eigenen Wollens überflüssig, obsolet und störend. Es hätte nicht sein müssen, da man gleich beim Richtigen – bei sich selbst, beim Ich – anfangen könnte. So ist zu schließen, dass der demokratische Typus in seinem Wesen ungebunden und wurzellos ist; seine Existenz gründet auf nichts Festerem als dem eigenen Ich. Das demokratische Ich bedarf keiner Wurzeln, es verwehrt sich ihnen in seiner Grundprämisse und will sich ihrer entledigen; seine Freiheit ist Wurzellosigkeit.

Wer das eigene Wollen als maßgebende Instanz inthronisiert, ist diesem jedoch ausgeliefert, in seinen Launen, Bedürfnissen und Lüsten. Aus der Wurzellosigkeit folgt Ungebundenheit – so liegt im demokratischen Menschen der Kern zur Entgrenzung, die Anlage, zu einem haltlosen Strom zu werden, mitgerissen von dem, was seinem Urteil und Geschmack als gut und richtig erscheint.

- (b) Das auf subjektiver Empfindung gründende Urteil bedarf keiner tiefen Reflexion, da es nurmehr Reaktion ist. Gilt es nur den eigenen Maßstäben, nicht aber äußeren Gesetzmäßigkeiten in seinem Urteil gerecht zu werden, so muss nicht mehr in die Tiefe gedacht werden, ist doch das Wahre und Richtige augenscheinlich in sich selbst und dem eigenen Empfinden zu finden. Dies hat zur Folge, dass die Urteilskraft verflacht, sich nurmehr an Oberflächlichkeiten entlang bewegt und selbst oberflächlich wird. Auch liegt es in der Logik der Sache, dass wer an Tiefe einbüßt, an Schnelligkeit

gewinnt: Das reaktive Verhalten zu der äußeren Wirklichkeit gemäß des eigenen Empfindens verlangt dem Menschen nicht mehr die mühevollte Distanzierung von sich selbst und dem zu beurteilenden Gegenstand ab, die der Zeit bedarf. Die immerwährende Orientierung am eigenen subjektiven Empfinden macht den Menschen schließlich zunehmend unfähig, sich einem anderen Urteil als dem des eigenen Geschmacks zu unterstellen, d.h. sich selbst und die eigene Wertung über die Welt und die Dinge infrage zu stellen.

Einer solchen Haltung liegt eine Leichtigkeit zugrunde, eine Art guter Glauben, dass man schon das Richtige und Wahre treffe, ebenso wie die Anderen; dass der eigene Eindruck nicht täuscht und man nicht getäuscht wird; dass sich alles zum eigenen Nutzen fügen werde, wenn man nur dem eigenen Empfinden folgt. Dies zeigt, dass hier die Grundlage des Verlustes eines Selbst- und Weltverhältnisses gelegt ist. Man bekommt sich selbst nicht mehr in den Blick ebenso wenig wie die Wirklichkeit, zu der man sich verhält. Da, wo man sich selbst zum Maß nimmt, kann der eigene Standpunkt nicht mehr reflektiert werden, ja im Grunde soll er es auch nicht mehr – weil es kein richtig oder falsch geben kann.

- (c) Vor dem Hintergrund der bisherigen Erwägungen ist als letzte und notwendige Konsequenz die systematische Verdrängung des reflexiven Selbst- und Weltverhältnisses aufzugreifen, denn Reflexion setzt den Bruch mit der Prämisse der Gleichheit voraus, da sie selbst zur Hierarchie führt – einer Hierarchie zwischen dem Richtigen und dem Falschen. Ist jeder Standpunkt gleich wahr, so lohnt es nicht, mit sich selbst ins Gericht zu gehen – es bleibt nur der Eintritt in die Auseinandersetzung mit den Anderen am Maßstab des eigenen Urteils, das wiederum dem eigenen Empfinden gehorcht. Was dadurch gefördert wird, ist nichts Geringeres als eine von Affekten und Emotionen geleitete Haltung zur Welt. Dadurch erscheint die demokratische Freiheit – als eine Freiheit von jedem äußeren Maßstab – in einem ambivalenten Licht: Man ist Herr seiner selbst und wiederum nicht. In der Selbstermächtigung ist das Umschlagen in die völlige Machtlosigkeit angelegt, da der von Emotionen geleitete Mensch nicht über sich zu herrschen vermag, ebenso wenig wie über die Dinge, die er seinem subjektiven Urteil unterwirft, ohne sie zu „beherrschen“, da ihm der Maßstab fehlt. Aus dem Willen zur unbedingten Freiheit von Herrschaft entspringt seine totale

Beherrschbarkeit. Im demokratischen Menschen ist der dialektische Umschwung zur Tyrannis – sei es derer der Mehrheit oder des Einzelnen – bereits angelegt.⁴⁹

Die demokratische Ästhetisierung – d.h. die Verdrängung der Herrschaft von sachlichen Kriterien durch das Kriterium des Empfindens, des Gefallens und Geschmacks – bedeutet für Platon nichts anderes als Maßlosigkeit. Der Unkundige wird zum Maß gemacht, obwohl ihm jedes Maß, das er an die Sache herantragen könnte, fehlt – bis auf seine eigene unmittelbare Impression. Dies aber ist Voraussetzung für die Gültigkeit der Prämissen einer unbegrenzten Freiheit und Gleichheit. So ist in Platons Kritik des Demokraten der Befund herauszulesen, dass der im Bereich der Kunst aufbrechende Paradigmenwechsel für ihn Ausdruck der Geringschätzung des Geistigen selbst ist, insofern auf dieser Ebene die notwendig wirkenden Gesetzmäßigkeiten als obsolet und abträglich erachtet werden. Was bislang das Vermögen Einzelner war, soll nun ohne Mühe allen zugesprochen werden. Wo aber jeder Künstler ist, existiert „der Künstler“ nicht mehr; wo jeder über das Wahre befinden kann, gibt es „den Wahrheitsliebenden“ nicht mehr. Doch damit verschwinden Kunst und Philosophie selbst aus der Welt – sie lösen sich in ihrer Verallgemeinerung auf, da das sie Konstituierende aufgehoben wird: Die Grenze zwischen Kunst und Nicht-Kunst – d.h. zwischen Ästhetischem und Unästhetischem – weicht; ist alles ästhetisch, so ist nichts ästhetisch. Die Postmoderne hat diesen Grundwiderspruch nicht überwunden, sondern nur zu akzeptieren gelernt; so ist er bis heute für alles Nachdenken über das Demokratische virulent.

2. Die demokratische Politik

Wo die Künste und das Denken von der Ästhetisierung erfasst werden, bleibt die Wirkung auf das Politische nicht aus. In seinen *Nomoi* spricht Platon mit Blick auf die Künste von der „atrokratia“⁵⁰, der „schlimmen Massenherrschaft des Publikums“⁵¹, welche auch auf das Politische übergreift. Das bedeutet, dass im Politischen gleichermaßen eine Verschiebung des Maßstabs erfolgt: von der Orientierung an sachlichen Kriterien hin zum Maß des Empfindens und Geschmacks. In der Konsequenz wandelt sich der Charakter von Politik in einer Form, wie man sie bei Green und Meyer in den Grundstrukturen nachgezeichnet vorfindet. Politik wird zum Ort der Inszenierung und zum Schauspiel; der Politiker zum Darsteller und Schauspieler; der Bürger zum Zuschauer, der applaudiert, ausbuht oder ignoriert.

⁴⁹ Dies wird im Weiteren genauer erläutert.

⁵⁰ Platon, *Nomoi* 701 a.

⁵¹ Platon, *Nomoi* 701 a.

Mag Platons Darstellung auch polemisch und karikaturhaft anmuten, so ist sie dennoch zentral für jede Selbstbetrachtung des Demokraten, da sie herauszustellen versucht, welche Anreize und Tendenzen eine solche Grundkonstellation befördert. Man kann von einer Dynamik der Entsachlichung und Emotionalisierung sprechen, die aus der Selbstbespiegelung von Politik und Bürger im jeweils anderen resultiert: Der Politiker macht sich die Anerkennung der Vielen zum Maßstab; sein Orientierungspunkt ist der Geschmack der Massen, sein Ziel das Gefallen-Wollen. Dies aber bindet ihn in seinen Möglichkeiten, da das Politische nurmehr Mittel zur Erzeugung eines schönen Scheins beim Volk sein kann. Das Ergebnis kann nur eine an Oberflächlichkeiten ausgerichtete Politik sein, die – dem Gusto der Bürger ausgeliefert – ebenso haltlos und sprunghaft wie deren Empfinden zu werden droht. Dies entfaltet eine Sogwirkung auf beiden Seiten: Der Politiker ist von den Empfindungen, die keiner Logik außer dem eigenen Geschmack folgen, abhängig und muss daher verstärkt die Empfindungen im Bürger ansprechen, um ihnen zu entsprechen. Dadurch entfernt er sich jedoch selbst von jeder sach- und vernunftorientierten Politik und nimmt die Logik des Ästhetischen in sich auf. Die Maßlosigkeit der Menge wird zu seiner eigenen.

Wie dem Gefühl jedoch die Illusion der Vernünftigkeit verliehen wird, lässt sich am Beispiel des Dialogs *Gorgias* zeigen.⁵² Der Redner Gorgias versucht hier deutlich zu machen, worin das Wesentliche des demokratischen Diskurses besteht, nämlich darin, den Anderen in einem Raum von pluralen Wahrheiten von der je eigenen Wahrheit zu überzeugen, d.h. glauben zu machen, dass die vorgetragene Position wahr und gut ist. Aufgrund der vormals erläuterten epistemologischen Annahmen kann nicht die Annäherung an einen sachlichen Kern das Ziel sein, sondern allein die Erzeugung des Anscheins, der je eigene Blick auf die Wirklichkeit sei der richtige. Demokratischer Diskurs ist also als ein Ringen verschiedener Perspektiven und Wahrnehmungen der Wirklichkeit zu verstehen, die für sich vereinnahmen wollen, d.h. in einer Welt ohne Wahrheit plausibel machen wollen, dass ihre Position richtig sei, d.h. doch wahrer als die anderen. Was folglich zählt, ist der Erfolg, der in der tatsächlichen Durchsetzung der eigenen „Wahrheit“ besteht. Die Durchsetzung im Diskurs ist Kriterium für den Wahrheitsgehalt; die Durchsetzung erfolgt jedoch am Maß des nach eigenem Empfinden urteilenden Zuschauers.⁵³

⁵² Vgl. dazu Platon, *Gorgias* 482 c ff.

⁵³ Jean-Francois Lyotard stellt einen expliziten Zusammenhang zwischen dem Sophisten Gorgias und einer demokratischen Diskurstheorie im Sinne der Postmoderne her. Der sophistische Diskurs, so Lyotard, sei die „Logik, die wir brauchen“. Er sei die Grundlage einer Politik, die ein spielerisches Miteinander und Gegeneinander der Meinungen darstellt. Ein solches Ringen der Vielheit sei „fröhlich und unverantwortlich“ und eben darin zu begrüßen ebenso wie der Umstand, dass nicht mehr die Wahrheit maßgebend ist, sondern die Durchsetzung im Streit. Vgl. Lyotard, Jean-Francois, *Die Logik, die wir brauchen. Nietzsche und die Sophisten*, Bonn 2004, S. 35 ff.

Wird auch die Emotion angesprochen, gilt es den Anschein der Vernunft zu erwecken – durch argumentative Volten, durch die Schönheit der Rede und nicht zuletzt durch den Redner bzw. Politiker selbst, d.h. durch den, welcher vereinnahmen und überzeugen soll. Die Meisterschaft liegt folglich darin, eine größtmögliche Wirkkraft auf die Angesprochenen auszuüben, welche jedoch wiederum nicht den Eindruck haben sollten, sie wären allein von Scheinbarkeiten wie Charisma und rhetorischen Fertigkeiten überzeugt worden. Wie virulent die Emotionalisierung auch sein mag, das Publikum muss weiter den Anspruch erheben können, aus Kenntnis und nicht aus Unkenntnis zuzustimmen. Das Selbstverständnis der „Theatrokratie“ besteht nicht im Irrationalen, sondern im Anspruch auf Rationalität – dies verbindet sie mit der Zuschauerdemokratie nach Green oder Meyer: Auch der sein Urteil auf dem dargebotenen Schein Gründende wird sich gegen den Vorwurf verwehren, ohne Vernunft oder gar falsch zu urteilen.

Was ist mit diesen Überlegungen nun gewonnen? Zunächst hat sich gezeigt, dass die Ästhetisierung des Politischen den demokratischen Grundprinzipien entspringt. Der konsequente Anspruch auf völlige Freiheit und Gleichheit aller – insbesondere in der Urteilskraft – steht einer sachlichen, an den jeweiligen Gesetzmäßigkeiten eines Problems ausgerichteten Auseinandersetzung entgegen. Es bleibt allein die Wahl, die Prämissen anzuzweifeln bzw. einzuschränken oder eben den Anspruch auf Sachlichkeit aufzugeben – Meyer tendiert zu Ersterem, Green entscheidet sich für das Zweite, da er allen deliberativen Modellen den Vorwurf macht, dem Egalitäts-Prinzip nicht gerecht zu werden, d.h. nur dem Anspruch nach von der Gleichheit und Herrschaft aller zu sprechen, ohne dieses Ideal einlösen zu können. Worin besteht nun aber wiederum die jeweilige Problematik dieser Lösungen? Wendet man sich zum einen gegen die postmoderne Auflösung der Wahrheit in unzählige und in ihrem Wahrheitsgehalt gleichwertige Perspektiven auf die Wirklichkeit – um nicht zuletzt der Selbstgefährdung der Demokratie zu entgehen – so ist das gesamte epistemologische Fundament, das eine Gleichheit der Zugänge zur Welt suggeriert, infragegestellt und bringt die Demokratie in grundlegende Begründungsnot: Sie muss erweisen, warum manche Zugänge zur Wirklichkeit richtiger als die anderen sind. Dies ist mit einer Setzung von richtigen Meinungen und Wertungen jedoch nicht getan, da man im Bereich der *doxa* verbliebe. Versucht man jedoch zum anderen die Prämisse der Gleichheit aufrechtzuerhalten, indem das emotionale Urteil dem sachlichen gleichgestellt wird, d.h. indem man versucht, durch Ästhetisierung zu egalisieren, so riskiert die Demokratie sich selbst zu verlieren: In der Maßlosigkeit liegt die Selbstaufhebung. Sie kann in der Tyrannei der Mehrheit

oder der Tyrannei eines Einzelnen Gestalt annehmen.⁵⁴ Die Geschichte des westlichen Abendlandes gibt Zeugnis davon.

III. Abschließende Bewertung und Ausblick

Ziel der Untersuchung war die Reflexion auf ein Phänomen der Gegenwart, das gleichermaßen Unbehagen und Zuversicht generiert: die Ästhetisierung des Politischen. Eine Lösung ist damit freilich nicht gegeben und soll an dieser Stelle auch nicht gesucht werden. Dies mag unbefriedigend erscheinen. Schließlich soll derjenige, der kritisiert, die hinterlassene Leerstelle füllen; der, der destruiert, das angerichtete Chaos aufräumen und neu ordnen; der, der Zweifel aufwirft, mit neuen Gewissheiten Beruhigung verschaffen. Was hinter dieser Erwartung wirkt, ist der Umstand, dass dem Antworten der Vorrang gegenüber dem Begreifen gegeben wird. Jedem wirksamen Therapeutikum aber geht eine tiefgehende und treffende Anamnese und Diagnose voraus. Wer die Ursache eines Problems nicht zu benennen vermag, steht diesem ohnmächtig gegenüber – als einer der die Gesetzmäßigkeiten hinter dem betrachteten Gegenstand nicht begreift und dessen unkundig ist. Seine Antwort mag schneller und optimistischer sein als die des Kritikers, doch ist sie nicht zwingend richtiger. Wer das Unbehagen der Skepsis allzu schnell durch neue Gewissheiten und Lösungen abzuschütteln versucht, verfehlt vielleicht das Eigentliche, zu dem nur unter der mühseligen Duldung der aufgeworfenen Fragen vorzustoßen ist. Skepsis aber tut der demokratischen Gegenwart mehr denn je Not, ebenso wie die unbehagliche Selbstbefragung.

⁵⁴ Vgl. dazu: Platon, Politeia 562 a ff., Talmon, Jacob L., Die totalitäre Demokratie. Die Ursprünge der totalitären Demokratie, Bd. I, hrsg. von Uwe Backes, Göttingen 2013; Bessemer, Thymian, Massenmedien, Propaganda, Öffentlichkeit. Eine demokratietheoretische Perspektive, in: Arnold, Klaus et al. (Hrsg.), Von der Politisierung der Medien zur Medialisierung des Politischen? Zum Verhältnis von Medien, Öffentlichkeiten und Politik im 20. Jahrhundert, Berlin 2010, S. 397-416.